
„Keine gute Basis für ein Miteinander“

LANDSTUHL: CDU und FWG kritisieren Haltung der SPD

Mit Unverständnis haben die Vorsitzenden der Landstuhler Gemeindeverbände von CDU und FWG, Bürgermeister Peter Degenhardt und der Erste Beigeordnete der Verbandsgemeinde, Günther Dietrich, auf die Ablehnung einer Fusion der Verbandsgemeinden Landstuhl und Kaiserslautern-Süd durch den SPD-Gemeindeverband Landstuhl reagiert (wir berichteten gestern).

Es sei insbesondere traurig, so Degenhardt und Dietrich, dass die SPD in der Verbandsgemeinde Landstuhl die „tüchtigen und sympathischen Menschen in den gut aufgestellten Ortsgemeinden Schopp, Stelzenberg und Trippstadt“ offenbar nicht wollten und sich höchstens eine Teilfusion mit Queidersbach, Linden und Krickbach vorstellen könnten. Das sei keine gute Basis für ein künftiges Miteinander, das ja – und das schein Sachse zu vergessen – die SPD-Landesregierung in Mainz initiieren wolle.

Degenhardt und Dietrich erinnern nochmals daran, dass es das Innenministerium in Mainz – geführt vom SPD-Landesvorsitzenden Roger Lewentz – gewesen sei, das in der vergangenen Woche unmissverständlich klar gemacht habe, dass es zur Fusion

der Verbandsgemeinde Kaiserslautern-Süd mit der Verbandsgemeinde Landstuhl „aus Sicht der Landesregierung keine realistische Alternative“ gebe. Das müsse auch die SPD in Landstuhl zur Kenntnis nehmen, so Degenhardt und Dietrich.

Ebenfalls mit Unverständnis reagierten die Gemeindeverbandsvorsitzenden von CDU und FWG auf die Aussage im SPD-Wahlprogramm, man lehne die Fusion mit Kaiserslautern-Süd wegen „unkalkulierbarer finanzieller Risiken“ für die Verbandsgemeinde Landstuhl ab. Was sich hinter dieser Aussage verberge, bleibe wohl Geheimnis von Heribert Sachs, teilten Degenhardt und Dietrich mit. Es sei nichts anderes als eine „grundlose pauschale Verunglimpfung der Verbandsgemeinde Kaiserslautern-Süd“.

Die beiden Gemeindeverbandsvorsitzenden von CDU und FWG kündigten zudem an, dass man nach der Initiative des Innenministeriums aus Mainz dem Verbandsgemeinderat Landstuhl vorschlagen werde, Verhandlungen „auf Augenhöhe“ mit der Verbandsgemeinde Kaiserslautern-Süd aufzunehmen. „Uns sind die Menschen aus Kaiserslautern-Süd in jedem Fall willkommen.“ (red)

„Lasse mich nicht zum Affen machen“

HINTERGRUND: In der Westpfalz starten zwei Fusionsgemeinden mit Verstimmungen in das neue Zeitalter

VON THOMAS BÜFFEL U. DIETMAR FLUGG

Am 1. Juli wurden landesweit 18 Gemeindefusionen vollzogen. Manche freiwillig, manche unter Druck der Landesregierung. Wie gehen in den neuen Konstellationen der größeren mit dem kleinen Partner um? Nicht immer gab es einen harmonischen Start, wie zwei Beispiele aus der Westpfalz zeigen: der Fall der Verbandsgemeinde (VG) Thaleschweiler-Fröschen (10.831 Einwohner), die mit der VG Wallhalben (7225 Einwohner) fusionieren musste, und der Fall der VG Wolfstein (8290 Einwohner), die sich freiwillig mit der VG Lauterecken (10.754 Einwohner) zusammenschloss.

In Wallhalben war Karl-Walter Lenhard am 1. Juli „nicht zum Feiern zumute“. Der neue Verbandsgemeinderat Thaleschweiler-Fröschen/Wallhalben hatte symbolträchtig gleich am ersten Abend getagt, und es gab im Anschluss Schnitzchen und Getränke. Aber Lenhard ist der Kopf der Bürgerinitiative (BI) zum Erhalt der Verbandsgemeinde Wallhalben, und die hatte für die Verbandsgemeinderatswahl sogar eine eigene Liste aufgestellt – mit dem sperrigen Namen „Bürgerinitiative Verbandsgemeinde Wallhalben für die eigenständige Erhaltung der Verbandsgemeinde Wallhalben auf der Sickingenröhe e.V.“ und nur mit Kandidaten aus dem Wallhalber Gebiet. Zwei Sitze haben sie errungen.

Was Lenhard in der ersten Sitzung so den Spaß verdorben hat, war die Wahl der Beigeordneten: Nachdem Thomas Peifer (CDU) aus Thaleschweiler-Fröschen die Verbandsbürgermeisterwahl gewonnen hatte, waren die BI und die FWG davon ausgegangen, dass der Stellvertreter aus Wallhalben kommen wird. Die Koalition aus CDU und SPD mit 21 von 32 Sitzen einigte sich aber darauf, den Bürgermeister außen vor zu lassen und der größeren Verbandsgemeinde den ersten Beigeordneten zuzugestehen. Gewählt wurde Markus Bold (CDU) aus Thaleschweiler-Fröschen, der schon dort mit Peifer als Beigeordneter zusammengearbeitet hatte.

Da die beiden ersten Posten an die CDU gegangen waren, sollte die SPD den zweiten und dritten Beigeordn-



Im Oktober hatten Bürger aus Wallhalben in Mainz gegen die Zwangsfusion demonstriert – vergebens, der Landtag beschloss das Gesetz. FOTO: K. SCHÄFER

ten stellen – und der zweite solle auf jeden Fall aus dem Wallhalber Gebiet kommen, hieß es. Bis zum Wochenende vor der Beigeordnetenwahl. Da einigte sich die SPD auf Jürgen Herzog als Kandidaten, und der kommt aus Maßweiler – also aus der VG Thaleschweiler-Fröschen. Für den FWG-Vorsitzenden Martin Eichert aus Schauerberg (frühere VG Wallhalben) war das sogar ein Grund zum Rücktritt. Er hätte sich wenigstens gewünscht, dass die CDU auch mit der FWG spricht.

Zwar sollen die Wallhalber mit Jörg Juner aus Weselberg doch noch einen Beigeordneten bekommen, aber um eine dritten Stelle möglich zu machen, wird in der nächsten Sitzung erst einmal die Hauptsatzung geändert, bevor in der übernächsten Sitzung gewählt werden kann. „Ein Brosamen für Wallhalben“ nannte das Karl-Walter Lenhard, „eine regelrechte Verböhnung“ der Wallhalber.

CDU und SPD dagegen verteidigen

ihre Entscheidungen: Keiner der möglichen Wallhalber Kandidaten habe Interesse oder genug Zeit gehabt, um erster oder zweiter Stellvertreter des Bürgermeisters zu werden. Bürgermeister Peifer selbst sieht die Verbandsgemeinden schon in den ersten Wochen zusammenwachsen und will das auch unterstützen. Über die Bürgerinitiative sagt er: „Wenn das, was ich vorhabe, alles so funktioniert, wird die BI überflüssig werden.“

Schauplatzwechsel: Auch die Verbandsgemeinde Lauterecken ist eine Fusionsgemeinde. Mit dem Satz „Ich lasse mich doch nicht zum Affen machen“ zog der Bürgermeister der alten VG Wolfstein, Michael Kolter (CDU), einen Schlussstrich unter sein Bürgermeisterdasein. Die Chance, als hauptamtlicher Beigeordneter der neuen Verbandsgemeinde Lauterecken-Wolfstein weiterzumachen, hatte er damit auch ausgeschlagen. Kolter stand bis dahin zwölf Jahre an der Spitze der VG Wolfstein – bei der



Bürgermeister Egbert Jung.



Ex-Bürgermeister Michael Kolter. FOTOS (2): SAYER

270 Stimmen hatte Kolters Kontrahent aus Lauterecken, Egbert Jung, die Nase vorn. Für Kolter war die Sache damit eigentlich erledigt. Er war raus. Als hauptamtlicher Beigeordneter weiterzumachen, hatte er zunächst nicht ernsthaft in Erwägung gezogen. Das tat er erst, nachdem ihn seine Mitarbeiter und die meisten Ortsbürgermeister drängten, sich nicht zurückzuziehen. Auch sein Rückhalt in der Bevölkerung war erheblich.

Jedenfalls kamen Kolter und Jung nach der Wahl noch miteinander ins Gespräch. Es ging um eine mögliche Verteilung von Geschäftsbereichen, falls der Christdemokrat doch weitermacht. Ordnungsamt und Bauamt für Kolter standen in Rede. Festgesetzt wurde das Ganze zu diesem Zeitpunkt noch nicht, wie Jung erklärte. Man habe noch mal reden wollen nach Kolters Kurzauftritt.

Kolter ging allerdings davon aus, dass es nach seinem Urlaub auch um die genannten Geschäftsbereiche geht, und nur noch darum, ob er einen oder beide verantwortet – sein Büro in Wolfstein würde er auch gerne behalten. Wieder aus dem Urlaub zurück, sah sich Kolter zu seiner Überraschung allerdings mit einer neuen Lage konfrontiert. Statt Bau- und/oder Ordnungsamt bot ihm der Wahlsieger nur noch die Eigenbetriebe an. Für Kolter nicht annehmbar, da er nur für die unangenehmen Dinge zuständig gewesen wäre wie Gebührenerhöhung für Wasser und Abwasser und Schwimmbaddefizite.

Der Fachbereich Bau, der jetzt „Natürliche Lebensgrundlagen“ heißt, war für Kolter unerreichbar geworden, da Jung darauf bestand, dass Kolter künftig in Lauterecken zu sitzen hat. Die „Natürlichen Lebensgrundlagen“ aber in Wolfstein angesiedelt werden. Die Verwaltung einer Anstalt des öffentlichen Rechts zum Betrieb von Windrädern und zur Verteilung des Gewinns an Gemeinden – Kolter hatte sie im vergangenen Jahr gegründet – hatte Jung noch im Angebot. Damit aber endete auch schon die Kompromissbereitschaft des Wahlsiegers. Und auch Kolter hatte keine Lust mehr, sich nur noch fügen zu müssen. So gehen zwei Männer, die gemeinsam die neue Verbandsgemeinde auf den Weg gebracht hatten, nun getrennte Wege.

Zwei Bürgermeister wollten Chef werden: 270 Stimmen entschieden am Ende.

Der neuen Verbandsgemeinde Lauterecken-Wolfstein hätte man einen reibungsloseren Start gewünscht. Kolters Rückzug hat vor allem in Wolfstein Spuren der Verunsicherung und Skepsis gegenüber dem neuen Partner Lauterecken hervorgehoben. Es waren die Ereignisse nach der Bürgermeister-Stichwahl, die in Wolfstein einen gewissen Vertrauensverlust in die Kooperationsbereitschaft der Lauterecker erzeugten. Mit